

# Stellungnahme

## zum Gesetzesentwurf



**Stellungnahme zur Regierungsvorlage (17 d.B.): Bundesgesetz, mit dem die Strafprozeßordnung 1975, das Staatsanwaltschaftsgesetz und das Telekommunikationsgesetz 2003 (Strafprozessrechtsänderungsgesetz 2018) geändert werden sollen.**

**Der VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN (VGT) lehnt die Änderungsvorschläge der Bundesregierung entschieden ab.**

## Demokratisierung erforderlich

Demokratien brauchen eine aktive Zivilgesellschaft. Um sie zu fördern wurde sowohl der Schutz der Privatsphäre in die Verfassung aufgenommen als auch die Informationspflicht von Behörden geschaffen. BürgerInnen können nur mündig über Prozesse entscheiden von denen sie Kenntnis haben und sie können sich auch nur gegen eventuellen Amtsmissbrauch zur Wehr setzen wenn das Gewaltmonopol des Staates durch die Privatsphäre entschärft wird. Jede Maßnahme, die die Privatsphäre abbaut, entfaltet daher sehr leicht demokratiefeindliche Wirkungen.

Der aktuelle Gesetzesvorschlag sieht einen Ausbau der Überwachungsmöglichkeiten bei einer gleichzeitigen Einschränkung der Transparenz in öffentlichen Ämtern vor. Dem entsprechend ist dieser Gesetzesvorschlag nicht dazu geeignet die allgemeine Sicherheit zu fördern. Er führt im Gegensatz zu einer allgemeinen Gefährdung weil es dazu beiträgt, dass die Zivilbevölkerung noch effektiver überwacht werden kann während die Aktivitäten von Amtsorganen weiter verborgen werden. Machtmissbrauch wird damit erheblich erleichtert. Das erschwert kritische zivile Mitgestaltung erheblich weil Amtsmissbrauch auf diese Art weder aufgedeckt, noch angeprangert werden kann.

Allgemein erwecken die Vorschläge den Eindruck es ginge dem Gesetzgeber darum möglichst viele Informationen über BürgerInnen anzusammeln während möglichst verschleiert werden soll was Amtsorgane im Namen der Allgemeinheit tun. Aus Sicht des VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN sollte die aktive Zivilgesellschaft nicht behindert werden. Es ist im Gegenteil wichtig möglichst transparente Abläufe zu schaffen um der Bevölkerung eine echte Chance zu geben rational fundierte Entscheidungen zu treffen.

Statt einem Ausbau der Polizeibefugnisse und einem weiteren Verbergen der ohnehin schon jetzt in vielen Fällen nicht nachvollziehbaren Abläufe brauchen wir eine Transparenz-Offensive.

Abgesehen davon erscheint eine Evaluierung der Vorschläge dringend überfällig. Es gibt keinerlei Hinweise darauf, dass die geplanten Änderungen die damit verfolgten Ziele erreichen können.

Zusammenfassend gehen die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Gesetzesänderungen aus Sicht des VGT allesamt in die falsche Richtung. Mit diesen Änderungen würden wir unsere Gesellschaft nicht sicherer, sondern deutlich unsicherer machen, weil wir durch sie die Fähigkeit unserer Gemeinschaft zur kreativen Weiterentwicklung blockieren würden.

# Stellungnahme

## zum Gesetzesentwurf



In einer sich laufend verändernden Welt kann eine Absicherung unseres Wohlstandes nicht über ein stures Beibehalten der bisherigen Vorgehensweisen erzielt werden, weil unter neuen Bedingungen auch neue Handlungsweisen notwendig sind. Nur wenn wir den Mut haben, mit neuen Ansätzen zu experimentieren und bestehende Ordnungen infrage zu stellen, werden wir anpassungsfähig genug für die Herausforderungen der Zukunft sein.

Der Schutz unserer Anpassungsfähigkeit ist wesentlich wichtiger als der Erhalt etablierter Strukturen.

Für den VEREIN GEGEN TIERFABRIKEN

A handwritten signature in black ink that reads 'Franz Gratzner'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke extending to the right.

Franz Gratzner